



Jean-Rémi Girard, Präsident der SNALC, der nationalen Gewerkschaft für Gymnasien und Collèges, sprach am Montag, dem 23. Oktober, auf dem Sender Franceinfo über den Umgang mit radikalisierten Schülern.

Nach den Herbstferien werden in Frankreich 183 Schülerinnen und Schüler nicht mehr ihre Schule besuchen dürfen, nachdem sie während der Ehrungen der ermordeten Lehrer Samuel Paty und Dominique Bernard auffällig geworden sind oder protestiert hatten. Gabriel Attal will nicht, dass diese Schüler in den Unterricht zurückkehren, bevor sie vor einen Disziplinarausschuss gestellt wurden. „Das ist eine Schutzmaßnahme und existiert auch in anderen Situationen“, erklärte Jean-Rémi Girard, Vorsitzender der SNALC, der nationalen Gewerkschaft für Gymnasien und Collèges.

Für Girard ist das eine gute Lösung. „Wir sprechen von Schülern, die sich den Terrorismus entschuldigt haben, die möglicherweise bedrohliche Worte gegenüber dem Lehrkörper oder dem Personal des Bildungswesens geäußert haben. Das sind genau die Fälle, für die die Sicherheitsmaßnahme vorgesehen wurde“, erläutert er. In diesen Fällen wird die Anwesenheit des Schülers in der Schule als gefährlich eingestuft. Die Disziplinarräte sollten innerhalb von 15 Tagen nach Schulbeginn stattfinden. **„Diesen Schülern droht der endgültige Ausschluss aus ihrer Schule“**, so Jean-Rémi Girard.